



Niederschrift Kreistag (Sitzung KT/002/2006)

am 08.06.2006	von 15:00 Uhr bis 17:25 Uhr
im Ratssaal der Stadt Gummersbach, Rathausplatz 1, 51643 Gummersbach	

Teilnehmer:

Vorsitz Hagen Jobi

Mitglieder	Bemerkungen
Herr Hagen Jobi Verwaltung	
Frau Margit Ahus CDU	
Frau Dr. Corinna Sibylle Banek SPD	
Frau Corinna Bauer CDU	
Herr Friedhelm Julius Beucher SPD	
Frau Renate Bickenbach CDU	
Herr Peter Biesenbach CDU	
Frau Larissa Bödecker CDU	
Herr Jürgen Dreiner-Wirz SPD	
Frau Michaela Engelmeier-Heite SPD	
Herr Horst Enneper CDU	
Herr Paul Eßer CDU	
Herr Klaus-Peter Flosbach CDU	
Herr Konrad Frielingsdorf CDU	
Herr Hans-Otto Gries CDU	
Herr Arnold Großer UWG	
Herr Wilfried Hahn SPD	
Frau Birgit Hähn FDP/FWO	
Frau Claudia Hein GRÜNE	

Herr Norbert Heß	CDU	
Herr Ulrich Heu	SPD	
Frau Monika Höfer	CDU	
Frau Elke Holländer-Pracejus	CDU	
Herr Jan Kristian Hoster	FDP/FWO	
Herr Bruno Hünermund	CDU	
Herr Thorsten Konzelmann	SPD	
Herr Dieter Krämer	FWO	
Herr Hans Willi Kuech	CDU	
Frau Antina Kühn	GRÜNE	
Herr Rolf Kühr	SPD	
Herr Harald Langusch	CDU	
Frau Ursula Mahler	SPD	
Herr Jürgen Marquardt	CDU	
Herr Frank Mederlet	SPD	
Herr Hans Helmut Mertens	CDU	
Herr Günter Müller	CDU	
Herr Reinhold Müller	FDP/FWO	
Herr Konrad Nicodemus	SPD	
Herr Axel Osterberg	CDU	
Herr Peter Reinecke	CDU	
Herr Jürgen Paul Rogowski	SPD	
Herr Siegfried Sax	CDU	
Herr Helmut Schäfer	GRÜNE	
Herr Rolf Schäfer	CDU	
Herr Paul-Gerhard Schmitz	CDU	
Frau Doris Schuchardt-Kaganietz	SPD	
Herr Wolfgang Schuffert	CDU	
Herr Uwe Söhnchen	GRÜNE	
Herr Wilhelm Stahl	SPD	
Herr Günter Stricker	CDU	
Herr Karl Heinz Vach	UWG	
Herr Dr. Friedrich Wilke	FDP/FWO	
Herr Ralf Wurth	SPD	
Herr Andre Steiniger	Verwaltung	

Entschuldigte Mitglieder	
Herr Frank Rimmel	GRÜNE
Herr Karl-Heinz Schramm	SPD
Herr Michael Stefer	CDU
Frau Annelie Theuer	SPD

Teilnehmer Verwaltung	
Landrat	Hagen Jobi
Allgemeiner Vertreter	Jochen Hagt
LKMD	Dr. Jorg Nürnberg
LKBD	Volker Dürr
KRD	Dr. Christian Dickschen
KOVR	Reinhard Schneider

Gäste:

Die Niederschrift führt Andre Steiniger.

Landrat Jobi eröffnet die Sitzung des Kreistages und begrüßt die Mitglieder des Kreistages und der Verwaltung, die Vertreter der Presse sowie die Zuhörer.

Er stellt fest,

1. dass unter dem 24.05.2006 ordnungsgemäß eingeladen worden ist und
2. dass die Beschlussfähigkeit vorliegt.

Außerdem weist Landrat Jobi darauf hin, dass die Niederschrift über die in dieser Sitzung gefassten Beschlüsse von KTM Reinhold Müller mit unterzeichnet wird.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Landrat Jobi zu dem Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 19.04.2006 unter der Überschrift „Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf der BAB 4“ mit, dass er die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Schreiben vom 04.05.2006 darüber informiert habe, dass eine Behandlung des Antrages im Kreistag unzulässig sei, soweit im Antrag ausdrücklich ein Tempolimit auf der **gesamten** Bundesautobahn A 4 gefordert werde.

Da die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von der Möglichkeit der Umformulierung keinen Gebrauch gemacht habe, sei der Antrag von der Tagesordnung durch Kreistagsbeschluss abzusetzen.

Nach einer Begründung zur Zulässigkeit des Antrages durch KTM H. Schäfer und weiteren Wortbeiträgen der KTM Wurth, Biesenbach und R. Müller fasst der Kreistag **mehrheitlich** folgenden

Beschluss Nr. 1:

Der Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 19.04.2006 zum Thema „Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf der BAB 4“ wird von der Tagesordnung der Kreistagssitzung am 08.06.2006 abgesetzt.

Landrat Jobi weist auf die als Tischvorlage ausliegende Vorlage zum Thema „Änderung des § 17 des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder“ hin und bittet den Kreistag, der Aufnahme dieses Punktes in die Tagesordnung aufgrund der Dringlichkeit zuzustimmen. Die Dringlichkeit ergebe sich daraus, dass das Gesetz erst am 17.05.2006 beschlossen worden sei und eine Satzung bis zum 01.08.2006 In-Kraft-Treten müsse, damit eine Grundlage zur Festsetzung der Elternbeiträge bestehe.

Nach Erläuterungen von LKMed Dr. Nürnberger und weiteren Äußerungen von KTM Wurth fasst der Kreistag **einstimmig** folgenden

Beschluss Nr. 2:

Der Kreistag stimmt der Dringlichkeit und damit der Behandlung des Themas „Änderung des § 17 des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder“ zu. Der Punkt wird als TOP 6.1 in die Tagesordnung aufgenommen.

Anschließend wird die Tagesordnung in der Fassung des 1. Nachtrages vom 06.06.2006 wie folgt festgestellt:

Tagesordnung

Ifd. Nr.	Tagesordnungspunkt	Vorlagennummer
-------------	--------------------	----------------

A Öffentlicher Teil		
1	Einwendung gegen die Niederschrift über die Sitzung des Kreistags vom 09.03.2006	0132/2006/LR/AV
2	Anpassung des Müllheizkraftwerkes (MHKW) der AVEA GmbH & Co. KG	0151/2006/LR/AV
3	Medizinische Versorgung im Oberbergischen Kreis	0102/2006/IV
4	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Wahrnehmung	0141/2006/LR/AV

	örtlicher Rechnungsprüfungsaufgaben für die Gemeinde Reichshof durch das Rechnungsprüfungsamt des Kreises	
5	Aufstellung des Landschaftsplans Nr. 3 "Bergneustadt / Eckenhagen" hier: Änderungsverfahren gemäß § 27 c Landschaftsgesetz NW Aufstellungsbeschluss gemäß § 29 Landschaftsgesetz NW	0125/2006/V
6	Ersatzwahlen zu den Ausschüssen und Beiräten des Oberbergischen Kreises / Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten	
6.1	Änderung des § 17 des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder hier: Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen	0157/2006/IV
7	Anträge	
7.1	Antrag der UWG-Kreistagsfraktion vom 07.04.2006: "Änderung der Hauptsatzung für den Oberbergischen Kreis vom 01.12.2004"	0110/2006/LR/AV
7.2	Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 19.04.2006: "Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf der BAB A 4"	0119/2006/III
7.3	Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 03.05.2006: "Aufstellung von Vergütungen und Aufwandsentschädigungen"	0135/2006/LR/AV
7.4	Gemeinsamer Antrag der CDU- und FDP/FWO-Kreistagsfraktion vom 31.05.2006: "Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Wiehltalbrücke"	0152/2006/III
7.5	Auswirkungen von Hartz IV auf die Haushaltssituation des Oberbergischen Kreises: hier: Resolution des Kreistages des Oberbergischen Kreises an die Bundes- und Landesregierung	0155/2006/II
7.6	Beabsichtigten Kürzung der Regionalisierungsmittel zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Personennahverkehrs hier: Resolution des Kreistages des Oberbergischen Kreises an die Bundes- und Landesregierung	0156/2006/V

8	Anfragen	
8.1	Anfrage der FDP/FWO-Kreistagsfraktion vom 21.04.2006: "Gewalt an Schulen"	0118/2006/IV
8.2	Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 01.06.2006: "Kosten der Tageseinrichtungen für Kinder"	0153/2006/IV
8.3	Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 01.06.2006: "Bau- genehmigungs- und Katasteramtsgebühren"	0154/2006/V
9	Mitteilungen	
9.1	Bericht über die Ausführung früherer Kreistagsbeschlüsse	0139/2006/LR/AV
9.2	Benennung von Mitgliedern der katholischen Kirche im Ju- gendhilfeausschuss	0140/2006/LR/AV
9.3	Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 04.03.2006 zur Schüler-Lehrer-Relation im Oberbergischen Kreis	
10	Einwohnerfragen	
B Nichtöffentlicher Teil		
11	Personalangelegenheiten	
12	Grundstücksangelegenheiten	
13	Vertragsangelegenheiten	
13.1	Gründung der "Klinik Dienste Waldbröl GmbH"	0149/2006/II
13.2	Gründung der "Oberbergische Krankenhaus Dienste GmbH"	0150/2006/II
14	Vergaben	
14.1	Instandsetzung verschiedener Kreisstraßen 2006 - 02	0134/2006/V
14.2	Europaweite Ausschreibung der Schülerbeförderung im Ge- biet des Oberbergischen Kreises	0142/2006/IV
14.3	Elektroinstallationsarbeiten am Berufskolleg Wipperfürth hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentsc	0146/2006/II
15	Anträge	
16	Anfragen	
17	Mitteilungen	

* * * * *

A Öffentlicher Teil

Zu TOP 1:	Einwendung gegen die Niederschrift über die Sitzung des Kreistags vom 09.03.2006	0132/2006/LR/AV
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Nachdem KTM H. Schäfer die Inhalte der Niederschriften kritisiert und sich für eine Aufnahme dieses Themas in die Sitzung des Ältestenrates ausgesprochen hat,</p> <p>fasst der <u>Kreistag</u> bei vier Gegenstimmen mehrheitlich folgenden</p>	
Beschluss Nr. 3:		
<p>Der Kreistag lehnt die Einwendungen des Kreistagsmitglieds Wilfried Hahn gegen die Niederschrift über die Sitzung des Kreistags vom 09.03.2006 ab.</p>		

Zu TOP 2:	Anpassung des Müllheizkraftwerkes (MHKW) der AVEA GmbH & Co. KG	0151/2006/LR/AV
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Nach weiteren Äußerungen von KTM Vach fasst der <u>Kreistag</u> bei fünf Gegenstimmen mehrheitlich folgenden</p>	
Beschluss Nr. 4:		
<p>Der Kreistag stimmt der zustimmenden Entscheidung der Verbandsversammlung des Bergischen Abfallwirtschaftsverbandes vom 28.04.2006 zur Veröffentlichung der Bekanntmachung zur schlüsselfertigen Planung und Bauausführung sowie optional Finanzierung und Instandhaltung für die 4. Verbrennungslinie des MHKW Leverkusen inklusive separatem Bunker, Turbine und Anbindung an die vorhandene Infrastruktur im Amtsblatt der Europäischen Union zu.</p>		

Zu TOP 3:	Medizinische Versorgung im Oberbergischen Kreis	0102/2006/IV
------------------	--	---------------------

	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Der <u>Kreistag</u> fasst einstimmig folgenden</p>
--	---

Beschluss Nr. 5:

Der Kreistag registriert mit Sorge die drohende Gefährdung der wohnortnahen ärztlichen Versorgung im Oberbergischen Kreis. Er schließt sich daher der folgenden gemeinsamen Resolution der Oberbergischen Bürgermeister zur Situation der Arztpraxen im Oberbergischen Kreis an und fordert darüber hinaus die Landesregierung und den Landtag auf, sich im Rahmen der Verhandlungen zur Gesundheitsreform für die Sicherung einer wohnortnahen medizinischen Versorgung im ländlichen Raum einzusetzen.

**Gemeinsame Resolution der Oberbergischen Bürgermeister
zur Situation der Arztpraxen im Oberbergischen Kreis**

- Aktuell lässt sich eine Gefährdung für die wohnortnahe ärztliche Versorgung im derzeitigen Umfang im Oberbergischen Kreis feststellen, durch steigende existenzgefährdende Honorarverluste für oberbergische Arztpraxen, durch sinkende Bereitstellung von Finanzmitteln für Krankenbehandlung, die durch „Sonderverträge“ und DMPs nicht kompensiert werden und durch Honorarverteilungsregelungen, die kleine städtische Praxen bevorzugen (ca. 6 % Honorarverlust über Abquotierung in den Landkreisen).
- Nach Veröffentlichungen der Kreisstelle der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein für den Oberbergischen Kreis (zunächst am 19.11.2005) sind mindestens 20 v. H. der Praxen akut gefährdet und es fallen derzeit bereits Arbeitsplätze in Praxen weg, insgesamt erfolgt eine Verschlechterung der ärztlichen Versorgung mit verlängerten Wartezeiten. Bei Wegfall der genannten Praxiskapazitäten durch Unterfinanzierung stehen keine Auffangkapazitäten für ca. 40.000 Patienten, darunter ca. 33 v. H. Rentner und Rentnerinnen sowie chronisch Kranke zur Verfügung.
- Aufgrund der Arbeitsbedingungen droht, dass sich keine Nachfolger mehr für freiwerdende Landarztsitze finden lassen und sie deshalb verweisen.

Zu fordern ist deshalb:

Die bewährte wohnortnahe ärztliche Versorgung im Oberbergischen Kreis muss erhalten werden und darf durch Honorarabflüsse für ärztliche Leistungen in städtische Versorgungsgebiete mit kleineren Praxen wegen der damit verbundenen strukturgefährdenden Auswirkungen auf die Versorgung im Landkreis nicht gefährdet werden. Im Honorarverteilungsvertrag der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein und den Landesverbänden der Krankenkassen muss ein solch strukturgefährdender Effekt der Honorarverteilung dringend und mit sofortiger Wirkung abgeschafft werden. Die negativen Auswirkungen von Hartz IV auf die Gesamtvergütungen soll in den zuständigen Gremien beraten und ein Ausgleich herbeigeführt werden, da dem Statuswechsel der Versicherten keine Änderung ihres Behandlungsbedarfs entspricht. Grundsätzlich müssen alle Anstrengungen unternommen werden, dass für Arztpraxen im Oberbergischen Kreis eine langfristige finanzielle Basis und damit auch eine Planungs- und Investitionssicherheit erreicht wird bei Erhaltung der Arbeitsplätze sowie eine ausreichende ärztliche Vergütung. Diese Maßnahmen tragen ebenfalls dazu bei, dass ärztlicher Nachwuchs sich für eine Niederlassung und Praxisübernahme in unserem Landkreis interessiert, damit keine Entwicklungen wie derzeit in den neuen Bundesländern eintreten.

Letztlich können Vergütungen für ärztliche Leistungen nur mit festen und planbaren Werten statt veränderlichen Punktwerten und Quotenverlusten erfolgen.

Zu TOP 4:	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Wahrnehmung örtlicher Rechnungsprüfungsaufgaben für die Gemeinde Reichshof durch das Rechnungsprüfungsamt des Kreises	0141/2006/LR/AV
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Der <u>Kreistag</u> fasst einstimmig folgenden</p>	
<p>Beschluss Nr. 6:</p> <p>Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, für die Durchführung örtlicher Rechnungsprüfungsaufgaben der Gemeinde Reichshof durch das Rechnungsprüfungsamt des Kreises gem. § 102 Abs. 2 GO NRW die Öffentlich-rechtliche Vereinbarung entsprechend dem beiliegendem Entwurf abzuschließen.</p>		

Zu TOP 5:	Aufstellung des Landschaftsplans Nr. 3 "Bergneustadt / Eckenhagen" hier: Änderungsverfahren gemäß § 27 c Landschaftsgesetz NW Aufstellungsbeschluss gemäß § 29 Landschaftsgesetz NW	0125/2006/V
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>KTM Beucher erklärt sich für befangen und nimmt an der anschließenden Abstimmung nicht teil.</p> <p>Der <u>Kreistag</u> fasst einstimmig folgenden</p>	
<p>Beschluss Nr. 7:</p> <p>Der Kreistag beschließt die Einleitung des förmlichen Änderungsverfahrens des Landschaftsplan Nr. 3 „Bergneustadt/Eckenhagen“ und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung des ersten Verfahrensschrittes, der frühzeitigen Beteiligung gem. § 27 a+b Landschaftsgesetz NW.</p>		

Zu TOP 6:	Ersatzwahlen zu den Ausschüssen und Beiräten des Oberbergischen Kreises / Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten	
	Es liegen keine Ersatzwahlen vor.	
Beschluss Nr. :		

Zu TOP 6.1:	Änderung des § 17 des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder hier: Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen	0157/2006/IV
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Nachdem LKMedD Dr. Nürnberger die Verwaltungsvorlage erläutert hat, beantragt KTM R. Müller, die Satzung bis zum 31.12.2006 zu befristen, um zu verdeutlichen, dass es sich im vorliegenden Fall nur um eine Übergangslösung handelt.</p> <p>Anschließend beantworten LKMedD Dr. Nürnberger und KK Krüger Nachfragen der KTM Nicodemus und Dreiner-Wirz. Dabei betonen sie, dass zur Vermeidung von Kindergarten-Tourismus Abstimmungen mit den kreisangehörigen Städten und der Kommunalaufsicht der Bezirksregierung getroffen werden sollen.</p> <p>Nachdem KTM Wurth vorschlägt, die Anpassung der Gebühren im Jugendhilfeausschuss zu diskutieren fasst der <u>Kreistag einstimmig</u> folgenden</p>	
Beschluss Nr. 8:		
Der Kreistag beschließt die Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen in der als Anlage beigefügten Fassung.		

Zu TOP 7:	Anträge	
Beschluss Nr. :		

Zu TOP 7.1:	Antrag der UWG-Kreistagsfraktion vom 07.04.2006: "Änderung der Hauptsatzung für den Oberbergischen Kreis vom 01.12.2004"	0110/2006/LR/AV
	<p>Der Antrag hat folgenden Wortlaut:</p> <p>„Die von dem Oberbergischen Kreis in Beiräte, Ausschüsse, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräte, Zweckverbände, etc. entsandten Vertreter haben dem inhaltlich zuständigen Fachausschuss über Zusammenkünfte dieser Gremien zu berichten. Bestehen Zweifel bezüglich der Zuständigkeit, so ist dies der Kreisausschuss. Bei Bedarf erteilt der zuständige Fachausschuss den Mitgliedern für ihr Abstimmungsverhalten bindende Weisungen. Ausgenommen von dieser Berichtspflicht sind alle Gremien, in denen alle Fraktionen vertreten sind.“</p> <p>KTM Vach begründet den Antrag der UWG-Kreistagsfraktion.</p> <p>An der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich KTM H. Schäfer, dessen Fraktion den Antrag unterstützt, sowie die KTM Biesenbach und R. Müller, deren Fraktionen den Antrag ablehnen. KTM R. Müller regt an, über den Inhalt des Antrages im Ältestenrat zu diskutieren. Zudem könne der Antrag im vorliegenden Wortlaut nicht beschlossen werden, da die Erteilung bindender Weisungen zu Gunsten von Fachausschüssen rechtlich unzulässig sei.</p> <p>KTM Vach erklärt darauf hin für die UWG-Kreistagsfraktion, dass im Antragstext auf die Weisungsbindung verzichtet werde und bittet Landrat Jobi, den Antrag entsprechend modifiziert zur Abstimmung zu stellen.</p> <p>Abschließend fasst der <u>Kreistag bei sieben Gegenstimmen und einer</u></p>	

	Stimmhaltung mehrheitlich folgenden
Beschluss Nr. 9:	
Der Antrag der UWG-Kreistagsfraktion vom 07.04.2006 zum Thema „Änderung der Hauptsatzung für den Oberbergischen Kreis vom 01.12.2004“ wir abgelehnt .	

Zu TOP 7.2:	Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 19.04.2006: "Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf der BAB A 4"	0119/2006/III
	Der Antrag wurde zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt.	
Beschluss Nr. :		

Zu TOP 7.3:	Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 03.05.2006: "Aufstellung von Vergütungen und Aufwandsentschädigungen"	0135/2006/LR/AV
	<p>Der Antrag hat folgenden Wortlaut:</p> <p>„Die Kreisverwaltung wird beauftragt, zur nächsten Kreistagssitzung eine Zusammenstellung aller Vergütungen bzw. Aufwandsentschädigungen vorzulegen, die in Gremien des Kreises bzw. in Gremien, in denen der Kreis vertreten wird, gezahlt werden. Zukünftig wird diese Zusammenstellung dem Kreistag jeweils zur ersten Sitzung eines Kalenderjahres vorgelegt und in der Tagespresse veröffentlicht. Die Öffentlichkeit wird außerdem auf der Homepage des Kreises über die Höhe der jeweiligen Vergütungen/Aufwandsentschädigungen informiert.“</p> <p>KTM H. Schäfer begründet den Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.</p>	

	<p>Nachdem sich KTM Biesenbach für eine weitere Behandlung des Themas im Ältestenrat ausspricht und sich die KTM Wurth und Dr. Wilke dieser Vorgehensweise für ihre Fraktionen anschließen, erklärt KTM H. Schäfer für die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass man eine Abstimmung über den Antrag wünsche.</p> <p>Nach weiteren Äußerungen von KTM Söhnchen stellt Landrat Jobi den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion zur Geschäftsordnung, die Angelegenheit zunächst im Ältestenrat zu behandeln, zuerst zur Abstimmung.</p> <p>Der <u>Kreistag</u> fasst bei vier Gegenstimmen mehrheitlich folgenden</p>
<p>Beschluss Nr. 10:</p> <p>Die Angelegenheit wird mit der Maßgabe vertagt, dass sich der Ältestenrat mit dem Thema beschäftigen soll.</p>	

<p>Zu TOP 7.4:</p>	<p>Gemeinsamer Antrag der CDU- und FDP/FWO-Kreistagsfraktion vom 31.05.2006: "Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Wiehltalbrücke"</p>	<p>0152/2006/III</p>
	<p>Der Antrag hat folgenden Wortlaut:</p> <p>„Der Kreistag des Oberbergischen Kreises unterstützt die Resolution des Rates der Stadt Wiehl und den Beschluss der Verkehrskommission des Regionalrates und bittet den Regierungspräsidenten, sich im Sinne der Bürger Wiehls einzusetzen. Hierbei ist die Einrichtung einer Geschwindigkeitsbeschränkung auf 100 km/h auf der Wiehltalbrücke anzustreben.“</p> <p>KTM Frielingsdorf begründet den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion.</p> <p>Nach weiteren Wortbeiträgen der KTM H. Schäfer, R. Müller und Dreiner-Wirz, der sich für die SPD-Kreistagsfraktion für die Kontrolle auf Streckenabschnitten mit Geschwindigkeitsbeschränkung ausspricht, fasst der <u>Kreistag</u> einstimmig folgenden</p>	

Beschluss Nr. 11:

Der Kreistag des Oberbergischen Kreises unterstützt die Resolution des Rates der Stadt Wiehl und den Beschluss der Verkehrskommission des Regionalrates und bittet den Regierungspräsidenten, sich im Sinne der Bürger Wiehls einzusetzen. Hierbei ist die Einrichtung einer Geschwindigkeitsbeschränkung auf 100 km/h auf der Wiehltalbrücke anzustreben.

Zu TOP 7.5:	Auswirkungen von Hartz IV auf die Haushaltssituation des Oberbergischen Kreises: hier: Resolution des Kreistages des Oberbergischen Kreises an die Bundes- und Landesregierung	0155/2006/II
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Nach Äußerungen der KTM Söhnchen, Flosbach, Wurth und R. Müller, die sich fraktionsübergreifend für die Resolution aussprechen, fasst der <u>Kreistag einstimmig</u> folgenden</p>	

Beschluss Nr. 12:

Im Hinblick auf die Auswirkungen von Hartz IV auf den Haushalt des Oberbergischen Kreises und der kreisangehörigen Städte und Gemeinden beschließt der Kreistag folgende Resolution und bittet die Verwaltung, diese an die zuständigen Stellen der Bundes- und Landesregierung zu übersenden:

Resolution des Kreistages des Oberbergischen Kreises vom 08.06.2006 an die Bundesregierung und die Landesregierung Nordrhein-Westfalen

In seiner Sitzung am 08. Juni 2006 hat der Kreistag des Oberbergischen Kreises nachstehende Resolution beschlossen:

Im Zuge der Hartz IV-Gesetzgebung hat der Bund die gesetzlich verankerte Zusage erteilt, die Kommunen in Höhe von 2,5 Milliarden € zu entlasten. Aufgrund dieser Aussagen hat der Oberbergische Kreis alle Haushaltsveranschlagungen kostenneutral vorgenommen. Aufgrund der nicht erfolgten Revision ergab sich in 2005 jedoch bereits eine Deckungslücke aus Hartz IV von 4 Mio. €, die den Gesamthaushaltsfehlbedarf 2006 auf 25 Mio. € erhöht hat.

Für 2006 und Folgejahre ist es sowohl für den Oberbergischen Kreis als auch für seine 13 finanziell extrem notleidenden Kommunen von elementarer Bedeutung, dass die erhoffte Kostenneutralität betreffend Hartz IV gewährleistet wird, dies insbesondere auch angesichts der ohnehin desaströsen Finanzsituation des sich ebenfalls schon in der Haushalts-sicherung befindlichen Oberbergischen Kreis.

Dass der Oberbergische Kreis nicht zu den „Gewinnerkommunen“ gehört, liegt in erster Linie daran, dass sich die Beteiligung des Bundes und des Landes ausschließlich an den Unterkunftskosten orientiert. Dagegen bleiben die unterschiedlichen Entlastungswirkungen bei der weggefallenen Sozialhilfe unberücksichtigt.

Hier wirken sich die erfolgreichen vielfältigen Aktivitäten des Oberbergischen Kreises zur Sozialhilfereduzierung der letzten Jahre kontraproduktiv aus.

Der Oberbergische Kreistag erwartet eine Regelung, die zumindest ausschließt, dass „Verlierersituationen“ entstehen. Um dies zu gewährleisten, sind nachstehende Prämissen erforderlich:

1. Die Kostenbeteiligungen von Bund und Land müssen die tatsächlichen Be- und Entlastungen berücksichtigen und sich nicht nur an den Unterkunftskosten orientieren.
2. Die Sozialhilfeentlastungen müssen auf den tatsächlichen Ausgaben in 2004 basieren.
3. Die Berücksichtigung „fiktiver Entlastungen“ darf nicht erfolgen, da sie in den Haushalten nicht vorhanden sind.
4. Der Bund darf Wohngeldentlastungen nur in Höhe der tatsächlich an die Kommunen weitergegebenen Höhe berücksichtigen.
5. Die Länder müssen die gerechte Gesamtverteilung an die Kreise und kreisfreien Städte sicherstellen; das heißt, es darf keine Verlierer geben.

Zu TOP 7.6:	Beabsichtigten Kürzung der Regionalisierungsmittel zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Personennahverkehrs hier: Resolution des Kreistages des Oberbergischen Kreises an die Bundes- und Landesregierung	0156/2006/V
	Nach Äußerungen der KTM H. Schäfer Wurth, Frielingsdorf und R. Müller, die sich fraktionsübergreifend für die Resolution aussprechen sowie weiteren Erläuterungen von LKBD Dürr fasst der <u>Kreistag</u> einstimmig folgenden	

Beschluss Nr. 13:

Im Hinblick auf die Auswirkungen der beabsichtigten Kürzung der Regionalisierungsmittel zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Personennahverkehrs beschließt der Kreistag folgende Resolution und bittet die Verwaltung, diese an die zuständigen Stellen der Bundes- und Landesregierung zu übersenden:

Resolution des Kreistages des Oberbergischen Kreises vom 08.06.2006 an die Bundesregierung und die Landesregierung Nordrhein-Westfalen

Der Kreistag des Oberbergischen Kreises begrüßt die beachtlichen Anstrengungen der Bundesregierung und der Landesregierung Nordrhein-Westfalen um eine dauerhafte Konsolidierung des Bundes- wie des Landeshaushalts. Dies betrifft insbesondere auch die auf mehr Wirtschaftswachstum ausgerichteten Umschichtungen in den jeweiligen Haushalten. Auch ist eine Kürzung vieler Haushaltsansätze Voraussetzung der auf mittlere Frist angelegten Haushaltssanierung.

Bei der schwierigen Situation aller öffentlichen Haushalte empfiehlt sich nach Auffassung des Kreistages eine Ausrichtung etwaiger Mittelkürzungen an der Effektivität bisherigen Mitteleinsatzes. Dies gilt in besonderer Weise hinsichtlich der seitens der Bundesregierung beabsichtigten Kürzung der für die Aufrechterhaltung des öffentlichen Personennahverkehrs bereitgestellten Regionalisierungsmittel. Im bundesweiten Vergleich auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten gut genutzte Verkehrsangebote dürfen von Kürzungen nicht in gleichem Umfang betroffen sein wie wenig ausgelastete Fahrplanangebote und Infrastrukturen. Der Oberbergische Kreis unterstützt in diesem Sinne die Landesregierung Nordrhein-Westfalen bei deren Bemühungen, eine mehr als bisher an Effektivitätskriterien ausgerichtete Verteilung der Regionalisierungsmittel des Bundes auf die Länder zu erreichen.

Unabhängig von der Problematik der zu erwartenden Bund-Länder Diskussion um die Kürzung der Regionalisierungsmittel bittet der Oberbergische Kreis in diesem Zusammenhang die Landesregierung, die auf der SPNV-Relation Köln – Gummersbach – Lüdenscheid vorgesehenen Investitionen in die Bahninfrastruktur und die Betriebsaufnahme auf den Streckenabschnitten Marienheide – Meinerzhagen – Lüdenscheid bis 2008 zu ermöglichen. Die bis heute bereits getätigten Investitionen sind erheblich. Auch haben sich die an dieser Schienenverbindung liegenden kreisangehörigen Städte und Gemeinden seit Mitte der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts bis heute, was beispielsweise Bevölkerungswachstum, Arbeitsplatzangebot und Kfz-Dichte angeht, wesentlich dynamischer entwickelt, als Land oder Bund. Im übrigen lässt die sich während des letzten Jahrzehnts immer besser entwickelnde Nachfrage nach Verkehrsleistungen auf dem Streckenabschnitt Köln – Overath – Gummersbach eine ähnliche Tendenz für den Abschnitt Gummersbach – Meinerzhagen – Lüdenscheid erwarten.

Im Hinblick auf die in der Diskussion befindliche Zusammenlegung von Fahrzeugförderungsmitteln und Aufgabenträgerpauschale gem. ÖPNVG NRW mit den bislang direkt an die Verkehrsunternehmen geflossenen Fördermitteln gem. § 45a PBefG sowie § 6a AEG sind für den Oberbergischen Kreis vor allem zwei Aspekte wichtig: Zum einen gilt es beim Herunterbrechen der vorhandenen Finanzmittel auf die Aufgabenträger einen Verteilungsschlüssel zu finden, der den ländlichen Raum nicht benachteiligt und der auch dort künftig ein bedarfsgerechtes Verkehrsangebot ermöglicht. Zum anderen sollte die derzeit gegebene Zweckbindung des Mittelansatzes nach § 45a PBefG auch im Rahmen der künftig gegebenen Förderansätze beibehalten werden. Denn der Schülerverkehr und dessen Rabattierung bilden im ländlichen Raum das Rückgrat des ÖPNV. Der Kreistag bittet die Landesregierung, die Neuorientierung der ÖPNV-Förderung an diesen Grundsätzen auszurichten.

Zu TOP 8:	Anfragen	
Beschluss Nr. :		

Zu TOP 8.1:	Anfrage der FDP/FWO-Kreistagsfraktion vom 21.04.2006: "Gewalt an Schulen"	0118/2006/IV
	KTM Hoster begründet die Anfrage der FDP/FWO-Kreistagsfraktion und bedankt sich für die schriftliche Stellungnahme der Verwaltung. Er bittet die Verwaltung, das Thema in die Sitzung des Schulausschusses aufzunehmen.	
Beschluss Nr. :		

Zu TOP 8.2:	Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 01.06.2006: "Kosten der Tageseinrichtungen für Kinder"	0153/2006/IV
	KTM Rogowski begründet die Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion und bedankt sich für die schriftliche Stellungnahme der Verwaltung. Er bittet die Verwaltung, die Zahlen zu den entstehenden Personal- und Sachkosten für die nächste Kreistagssitzung aufzubereiten.	

Beschluss Nr. :	

Zu TOP 8.3:	Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 01.06.2006: "Baugenehmigungs- und Katasteramtsgebühren"	0154/2006/V
	<p>KTM Rogowski begründet die Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion und bedankt sich für die schriftliche Stellungnahme der Verwaltung. Er bittet die Verwaltung, in einer der folgenden Sitzungen zur Frage der Personalverstärkung und –einsparung in den angesprochenen Bereichen Stellung zu nehmen.</p>	
Beschluss Nr. :		

Zu TOP 9:	Mitteilungen	
Beschluss Nr. :		

Zu TOP 9.1:	Bericht über die Ausführung früherer Kreistagsbeschlüsse	0139/2006/LR/AV

	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Landrat Jobi weist darauf hin, dass der schriftliche Bericht über die Ausführung früherer Kreistagsbeschlüsse den Kreistagsmitgliedern im Rahmen der Einladung zur Kreistagssitzung am 24.05.2006 übersandt worden sei. Der <u>Kreistag</u> nimmt den Bericht zur Kenntnis.</p>
<p>Beschluss Nr. :</p>	

Zu TOP 9.2:	Benennung von Mitgliedern der katholischen Kirche im Jugendhilfeausschuss	0140/2006/LR/AV
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Der <u>Kreistag</u> nimmt die Mitteilung von Landrat Jobi, dass aufgrund interner Umstrukturierungen nunmehr Herr Ansgar Nowak anstelle von Herrn Peter Schmitz zum ordentlichen beratenden Mitglied und Herr Thomas Droege zum stellvertretenden beratenden Mitglied für den Jugendhilfeausschuss durch den Verband der Katholischen Kirchengemeinden im Oberbergischen Kreis benannt wurde, zur Kenntnis.</p>	
<p>Beschluss Nr. :</p>		

Zu TOP 9.3:	Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 04.03.2006 zur Schüler-Lehrer-Relation im Oberbergischen Kreis	
--------------------	---	--

	<p>Landrat Jobi teilt mit, dass die Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion zur Kreistagssitzung am 09.03.2006 nur bezogen auf den Zuständigkeitsbereich des Schulamtes für den Oberbergischen Kreis als Untere Schulaufsicht beantwortet werden konnte, da dort interne Programme für entsprechende Auswertungen zur Verfügung stünden.</p> <p>Bezogen auf die weiterführenden Schulen (außer Hauptschulen) sei seinerzeit auf die Zuständigkeit der Bezirksregierung Köln als obere Schulaufsicht verwiesen worden.</p> <p>Frau Engelmeiner-Heite habe darum gebeten, die Daten dort zu ermitteln.</p> <p>Eine Nachfrage bei der Bezirksregierung Köln habe ergeben, dass diese die gewünschten Daten (Schüler-Lehrer-Relation zu bestimmten Stichtagen) nicht aufbereiten könne. Entsprechende Programme stünden nicht zur Verfügung. Zurückliegende Daten würden nicht gespeichert.</p> <p>Die Anfrage könne somit nicht abschließend beantwortet werden.</p> <p>Der <u>Kreistag</u> nimmt die Ausführungen von Landrat Jobi zur Kenntnis.</p>
Beschluss Nr. :	

Zu TOP 10:	Einwohnerfragen	
	Es liegen keine Einwohnerfragen vor.	
Beschluss Nr. :		